

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

18.1.1922 (No. 15)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. M e r d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 30 P. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenübernahme, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Beschaupflicht der Hausschlachtungen der Wirte.

Die Bestimmungen des Reichsfleischbeschaugesetzes darf die sonst vorgeschriebene Beschau von Schlachtlieren und deren Fleisch unter gewissen Voraussetzungen dann unterbleiben, wenn das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll (sog. „Hausschlachtungen“). Als „eigener Haushalt“ in diesem Sinne ist indessen der Haushalt der Metzger, Fleischhändler, Gastwirte, Schankwirte und Speisewirte nicht anzusehen. Die Metzger und Wirte sind daher verpflichtet, alle von ihnen zur Schlachtung bestimmten Schlachttiere der Schlachtvieh- und Fleischbeschau zu unterstellen und zu dem Zweck in der vorgeschriebenen Weise beim zuständigen Fleischbeschauer anzumelden, auch wenn das Fleisch etwa lediglich in ihrem eigenen Haushalt verwendet werden soll und nicht zur gewerbsmäßigen Abgabe bestimmt ist. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift sind strafbar.

#### Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten.

Die Abhaltung der diesjährigen Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist für die erste Hälfte des Monats März in Aussicht genommen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats Februar d. J. beim Justizministerium einzureichen.

#### Das mexikanische Konsulat in Frankfurt a. M.

Die Mexikanische Regierung hat Herrn Leopoldo Albertos Quijano zum Konsul in Frankfurt a. M. ernannt. Er ist von der badischen Regierung einstweilen zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen worden.

### \* Parteitag und Reden.

II.

Das bedeutendste Ereignis auf dem Gebiet unserer inneren Politik, soweit sie durch die Haltung der Parteien bestimmt wird, ist zweifellos der Reichsparteitag des Zentrums, der in den letzten Tagen in Berlin stattgefunden hat. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ am Tage der Eröffnung dieses Parteitages gemeint hat, daß die Tagung nach außen hin ganz sicherlich mit einer Manifestation der Einigkeit schließen, daß aber hinter dieser Fassade auch weiterhin schwere innere Gegensätze ihr Spiel treiben würden, so darf man wohl nach einem genauen Studium der ausführlichen Berichte, die die Zentrumspresse selbst veröffentlicht, feststellen, daß diese pessimistische Auffassung keineswegs berechtigt ist. Es ist ja richtig, daß der Wortlaut einer offiziellen Resolution allein nicht immer der zuverlässige Gradmesser für die wirkliche Geschlossenheit einer Partei ist. Der kritische Betrachter wird sich zu fragen haben, wie eine solche Resolution zustande kam, mit welcher Mehrheit sie angenommen wurde, und wie der Verlauf der Diskussion gewesen ist, die jene Resolution gebar. Wenn man alle diese Momente berücksichtigt und im übrigen von der selbstverständlichen Tatsache ausgeht, daß schließlich in einer jeden, zumal in einer jeden großen Partei Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, dann muß man sagen, daß der Reichsparteitag des Zentrums eine Einmütigkeit der Auffassung in den wirklich entscheidenden Fragen bekundet hat, die überzeugend wirkt und Dauer verheißt.

Diese Einmütigkeit fand praktisch ihren Ausdruck darin, daß der Parteitag sich einstimmig mit großer Entschiedenheit für die bisherige Politik der Reichstagsfraktion und der Parteileitung aussprach und der von der Regierung geführten Politik der Klugheit und Mäßigung zustimmte. Die offizielle Resolution des Parteitages selbst, zugleich aber auch die mannigfachen Reden in der Diskussion sind nichts anderes, als eine imposante Vertrauenskundgebung für den Mann, der als Vertreter des Zentrums an exponierter Stelle die politischen Geschäfte unseres Vaterlandes leitet, also für den Reichskanzler Dr. Wirth. Und es ist nicht ohne Interesse, daß diese Resolution gerade von dem Abgeordneten eingebracht worden ist, der sich bisher publizistisch am schärfsten gegen die Entwicklung gewandt hat, die f. H. Stegerwalds Politik in Preußen gewonnen hatte, von dem Abgeordneten Soos (München-Gladbach).

Eine Zustimmung zur Politik des Reichskanzlers wird natürlich immer gleichbedeutend sein mit einem Bekenntnis zum neuen Staat. Und auch dieses

Bekenntnis ist in den Reden des Parteitages in einer Form abgegeben worden, die ganz zweifellos zu einer weiteren Konsolidierung des neuen Staats beitragen und den Gegnern zeigen wird, daß die Hoffnungen auf einen Erfolg der Reaktion nichtig und eitel sind. Offiziell hat sich dann der Parteitag für „eine weise Politik der Mitte unter entschiedener Abweisung einseitiger politischer Bestrebungen der Rechten und der Linken ausgesprochen“.

Da zurzeit der Linksradikalismus keine wirklich nennenswerte Macht ausübt, war die Betonung des Gegensatzes gegen rechts diesmal besonders stark. Man muß einmal lesen, was Kuratus Friß Kadel-Belgard (Pommern) über das Schreckensregiment der Deutschnationalen in den östlichen Gebieten des Reiches zu sagen wußte.

Bei uns ist, so führte Herr Kadel aus, jeder der es wagt, Zentrumsman zu sein, von vornherein gesellschaftlich erledigt. (Hört! Hört!). Nur den Geistlichen verzeiht man es noch. (Wagt er es aber, den Deutschnationalen in die Suppe zu spucken dann ist er auch erledigt. Pommern ist noch Neuland. Gerade weil wir ein kleiner Kreis sind, muß man uns helfen. Wie geht das Zentrum sich durchzusetzen gegen diejenigen Regierungsbeamten, die offen oder versteckt in schroffem Gegensatz zur jetzigen Regierung stehen? (Sehr richtig!). In Pommern wird jeder nicht deutschnationale Landrat in der schmutzigsten Weise bekämpft. Hat man denn nicht früher echt konservative Landräte in Zentrumsabstufung gehabt? Warum sollte man nicht in den deutschnationalen Kreis Belgard an der Spitze einen Zentrumslandrat senden? Weisheit und stürmische Heiterkeit.) Die Herrschaft der pommerschen Junker ist beendet und muß beendet bleiben. (Lebhafte Zustimmung). Das Gesetz über Siedlungen und Aufteilung von Großgrundbesitz ist doch nicht zum Schutze des Großgrundbesitzes geschaffen! Wie geht die Parteileitung dafür zu sorgen, daß wohlgemeinte Gesetze nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden? (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Bezeichnenderweise ist gerade diese Rede mit besonders stürmischem Beifall und Handklatschen aufgenommen worden. Daß hier das Tun und Treiben der ostelbischen Junker auch einmal von einem Zentrumsman gebührend gekennzeichnet wird, ist für unsere innere Politik und für die Einsicht weitester Kreise von höchstem Nutzen.

Ebenso schneidige Töne und den gleichen, besonders stürmischen Beifall fand der Altreichskanzler Fehrenbach, als er von der Frage einer Erweiterung der Koalition sprach. Fehrenbach sagt in dieser Beziehung folgendes:

„Wenn von Koalition die Rede ist, so denken wir an eine Koalition nach rechts. Es darf kein Zweifel sein, die Koalition wird von uns nicht unter allen Umständen erprobt. (Beifall.) Sie darf keine Elemente in die Regierung hineintragen, denen es nicht darum zu tun ist, gemeinsam mit den übrigen Regierungskollegen am Wiederaufbau des Reiches zu arbeiten, sondern die nur eine Sabotage bei der Regierungstätigkeit treiben wollen. (Stürmischer Beifall.) Zu meinem großen Leidwesen muß ich bemerken, daß nach meiner Auffassung in der Deutschen Volkspartei genügend Elemente sind, die zu diesen letzteren unglücklichen Faktoren zu zählen sind. Ein Verbreiterung nach dieser Seite hin ist nur möglich mit Persönlichkeiten, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen und gewillt sind, mit den übrigen Parteien in der Regierung zusammenzuarbeiten. (Stürmischer Beifall.)“

War sonach der Erfolg der Politik des Reichskanzlers eigentlich schon bereits entschieden, so hat doch die große Rede, die er gestern kurz vor der Schließung des Parteitages gehalten hat, diesen Erfolg noch extra stark in Erscheinung treten lassen. Die Politik der Zentrumspartei und damit die Politik der Reichsregierung hat Dr. Wirth wieder einmal in einer Weise gerechtfertigt, wie sie sachlich überzeugender und rhetorisch geschickter kaum gedacht werden kann. Wir bringen die Rede weiter unten in genauerem Wortlaut.

Sowohl der Reichskanzler, wie vor ihm der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns haben sich in sehr bemerkenswerter Weise über die Steuer- und Finanzpolitik des Reiches ausgesprochen. Der Reichskanzler hofft, daß „ein Kompromiß, das beiderseits, also auf der besitzenden und auf der nichtbesitzenden Seite als ein anständiges Kompromiß angesehen werden kann, zustande kommt“. Sollte es nicht möglich sein, dieses Kompromiß zu finden und mit Hilfe der Mehrheitssozialdemokratie zu ihm zu kommen, so sei innenpolitisch die Politik der Reichsregierung geteilt,

und man müsse sich nach einer neuen Regierung umsehen. Jedoch denke er (der Reichskanzler) nicht daran, leichtfertig eine sog. Regierungskrise zu inszenieren. Außerhalb falls werde die Regierung versuchen, das ganze Steuerproblem in offener Feldschlacht im Plenum des Reichstages zu lösen. Diese Auserkung kann wohl nur so verstanden werden, daß der Reichskanzler entschlossen ist, auch dann, wenn sich wider Erwarten bei den vorherigen Besprechungen ein Kompromiß nicht erzielen lassen sollte, mit seinen Vorschlägen und Entwürfen unmittelbar vor das Plenum zu treten und zu versuchen, sich schlecht und recht eine Mehrheit zu holen.

Wie das Kompromiß, dessen Fundamente ja bereits gelegt sind, aussehen soll, hat Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mitgeteilt, in dem er sagte:

„Die Wählerschaft des Zentrums wird schließlich bereit sein, das zu bewilligen, was die Regierung als unumgänglich bezeichnet. An eine Erfüllung des Londoner Minimums allein auf dem Wege der Steuerreform können wir allerdings nicht denken. Die Frage der Erfassung der Sachwerte war bisher hart umstritten. Das Zentrum wird bereit sein, demjenigen Volkstreifen, die immer wieder für die Erfassung der Sachwerte eintreten, nach Möglichkeit entgegenzutreten. Wir leugnen nicht, daß der Staat unter Umständen das Recht hat in die Substanz des Vermögens einzugreifen, aber dieser Eingriff hat seine Grenzen. Er muß zeitlich beschränkt sein und einer wirklichen Sanierung der Wirtschaft dienen. Die so erzielten Werte in ein festes Boden zu werfen, wie es unsere Reparationsverpflichtungen sind, kann man niemand zumuten; dafür sind auch wir nicht zu haben! Ich glaube, daß durch Ausgestaltung der Besitzsteuern unter Einbeziehung des Notopfers diese Frage sich wird regeln lassen.“

Also Ausgestaltung der Besitzsteuern unter Einbeziehung des Notopfers, das scheint die Formel zu sein, die auch der Mehrheitssozialdemokratie eine Zustimmung zum Kompromiß ermöglichen soll. Denn die von Dr. Brauns angedeutete Methode würde ja in ihrer Wirkung einer stärkeren Erfassung der Sachwerte gleichkommen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Zentrumspartei mit dem Verlauf und dem Ergebnis ihres Berliner Reichsparteitages zufrieden sein kann. Zufrieden darf aber auch der Reichskanzler sein, da seine Politik als die einzig richtige anerkannt worden ist, und er selbst für seine Person das Vertrauen der Partei in überaus ehrender Form ausgesprochen erhielt. Zufrieden darf schließlich aber auch die große Mehrheit unseres Volkes sein, d. h. jene Mehrheit, die entschlossen ist, unter Sammlung aller mitarbeitenspendigen Kräfte den Wiederaufbau Deutschlands auf der Basis des neuen Staates zu vollenden.

### Eine Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Zentrumsparteitages führte Reichskanzler Dr. Wirth, mit stürmischem Beifall und Handklatschen empfangen, ungefähr aus:

Sie erwarten wohl nicht, daß ich Ihnen Darlegungen politischen Stilles mache. Dazu ist morgen und übermorgen die Zeit gekommen. Morgen wird der auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammentreten und in den nächsten Tagen wird auch der Reichstag selbst sich in seiner Gesamtheit mit dem innen- und außenpolitischen Lage beschäftigen. Ich möchte deshalb heute nur in einer programmatischen Rede zu diesen Dingen Stellung nehmen, trotzdem es eigentlich nicht mehr notwendig ist. Sie haben ja selbst in längerer Debatte zu den Gesamtpolitik der Regierung und zu der gegenwärtigen Lage Stellung genommen, und ich sah, daß im großen und ganzen, wenn auch manche kritische Note angeschlagen worden ist, die Gesamtstrategie der Politik, an der wir verantwortlich teilzunehmen und teilgenommen haben, von Ihnen gebilligt worden ist. (Lebhafte Zustimmung). Vom Abgeordneten Miska hörte ich schöne Worte. Er sprach vom Zentrumsgeist. Dieser Geist hat sich meines Erachtens gerade im letzten Jahre in unserer politischen Arbeit ausgeprägt. Wir haben alles mögliche getan im letzten Jahre, die Politik des Reiches und unseres armen Volkes vorwärts zu tragen. Es gibt einen anderen Weg, den andere vorgeschlagen haben, das ist der Weg der Katastrophe. Dieser ist nicht Ziel, sondern Ende der Politik. (Sehr richtig!). Unsere Politik, welche Zentrumspolitik ist, muß ihre Kraft aus der christlichen Weltanschauung schöpfen. (Lebhafte Zustimmung). Diese Anschauungen machen es uns zur sittlichen Pflicht, daß wir in keinem Augenblick des vaterländischen Unglücks die Hände in den Schoß legen dürfen, und noch viel weniger darf sich in diesem Augenblick die Zentrumspartei aus parteipolitischen Erwägungen heraus von der Verantwortung drücken. (Zustimmung). Es mag ja sein, daß eine solche Politik, wie sie die Verantwortung vorgeschrieben hat, vielen Menschen das Herz zusammenklappen läßt. Glaubte

dem jemand, daß es uns ein Vergnügen bereitet hat, Nachsprachen der Entente gegenüber uns zu beugen? Glauben Sie, daß es uns vielleicht leicht gewesen ist, gegenüber der ungerichten Entscheidung in Genf über Oberschlesien, die Politik des Reiches weiterzuführen?

Man hat uns den Vorwurf gemacht: „Wie könnt Ihr ein Ultimatum unterschreiben, wie könnt Ihr Versprechungen abgeben, die sich nicht ausführen lassen!“ Und trotzdem war das „Ja“ richtig, und es ist heute noch als richtig anzusehen, weil die gesamte Welt damals nur politisch und nicht wirtschaftlich gesehen hat (Zustimmung). Wäre das deutsche Volk in der Lage, alles pünktlich zu erfüllen, hätten wir Nahrungsmittel und Rohstoffe zur Erzeugung und zum Verkauf von Gütern, wären wir also in der Lage, die Bestimmungen von Versailles und London buchstäblich zu erfüllen und wären wir so wahrhaftig es zu tun, es würde abgesehen von deutschen Schornsteinen kein Schornstein in der ganzen Welt mehr rauchen können. Und jetzt wird ein einziges, das deutsche Volk, isoliert herausgehoben, das sich so ritterlich und wehrhaft geschlagen hat, es wird ausgebrüht wie eine Zitrone durch Frankreich, das es dann als ausgebrüht aus der Geschichte streichen will. Die Kaufunfähigkeit des deutschen Volkes würde den Weltbankrott unter allen Umständen herbeiführen. Der Gedanke der Wirtschaft und der Gedanke der Solidarität aller wirtschaftstreibenden Völker der ganzen Welt muß als großes Prinzip der internationalen Politik von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr, von Volk zu Volk weitergetragen werden. Das war der Sinn unserer Tätigkeit, unserer Klauen und unserer großen Opfer im letzten Jahre, die von niemand verstanden werden konnten. Wir haben uns der Politik des Siegers heraus den Gedanken des Wiederaufbaues besser dahin dirigieren wollen, wo er hingehört, nämlich in das Reich der Wirtschaft. Die Delegierten aller Völker müssen sich über die Probleme der Wirtschaft und des Finanzwesens und damit auch über das Problem der Leistungen unterhalten. Dieses Ziel haben wir erreicht, indem wir den Leidensweg von London nach Genua gegangen sind. (Zustimmung.)

Genua steht vor der Tür, eine Wirtschaftskonferenz der Welt! Der Gedanke hat sich Bahn gebrochen, daß nur eine Solidarität der Völker, mindestens in wirtschaftlichen Fragen, die große Katastrophe der Weltwirtschaft überhaupt verhindern kann. Diesen Gedanken hat die Zentrumspartei vertreten. Was gehörte dazu für eine große Geduld gegenüber den Parteien der äußersten Rechten und äußersten Linken, die uns freis Vorwürfe machten. Aber ich glaube, daß die Parteien, die da meinten, nach einer Epoche von sieben Jahren Krieg, Not, Elend und Verzweiflung könne man mit einer vornehmen Geize oder gar mit einem Karabamarsch die Lage meistern, nicht dazu berufen sind, uns große Vorwürfe zu machen. (Stürmische Zustimmung.) Sie werden nun fragen: Ist es nicht besser, wenn wir denen, die die Verantwortung übernehmen wollen, die Tür zumachen? Nein, nicht im geringsten! Der Weg reiflicher Erwägung ist der richtige, um die große Koalition vorzubereiten. Wir sind bisher den Weg der Praxis gegangen, und jetzt bitte ich alle, die sich für eine Erweiterung der Regierung interessieren, sich für das gleiche Problem in den nächsten Tagen zu interessieren. Ich kann Ihnen sagen, die Plattform, auf die man zu treten hat, ist kein ganz glatter Salzboden, sondern das ist ein Boden, der an eine Art Häuser erinnert, wo man bei jedem Schritt bald in eine indirekte, bald in eine Besitztücker hineingerät. (Große Heiterkeit.) Das ist eine Plattform, wo man zeigen kann, daß man bereit ist, unter Opferbringung eine große Verantwortung zu übernehmen. Wir im Zentrum gehen den Weg der harten Pflicht, und wir gehen ihn im Bewußtsein parteipolitisch Verantwortung. Das ist dem Zentrum zu danken, daß es im Reich eine feste Politik mit Verantwortung geführt hat.

Die nächsten Tage stellen uns vor außerordentliche Aufgaben. Ich weiß nicht, wie viele Tage und Monate noch vergehen werden, bis die Erkenntnis von der Solidarität in die Welt durchgedrungen ist. Wer wissen will, wie weit diese Erkenntnis fortgeschritten ist, wird es merken können aus unserer Note, die wir nach Frankreich geschickt haben. Als der Gouverneur der Bank von England Herrn von Cavenstein eröffnen ließ, daß bei den Zahlungsbedingungen, die Deutschland auferlegt wären, in England für Deutschland Kredite zu Reparationszwecken nicht zu erhalten seien, war das der Moment, in dem das deutsche Volk, ohne daß man ihm auch nur ein Jota von Vorwurf der Unaufrichtigkeit machen durfte, seinen Gegnern erklären konnte: „Bitte, sehen Sie sich zusammen und prüfen Sie angesichts der Lage selbst die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Erwarten Sie nicht, daß von heute auf morgen dieses Problem endgültig verschwinden wird.“ Unsere Gegner werden mit Geduld und Geduld und nochmals Geduld diese Entwicklung verfolgen müssen.

Aber ich sage Ihnen ein Zweites, ein aufrichtiges Bekenntnis, daß es uns innerpolitisch ernst ist, die Finanzen des Reichs in Ordnung zu bringen. An Gegenfragen über die Frage der Steuern und ihre Verteilung fehlt es in unseren Reihen auch nicht. Aber die parteipolitische Befähigung zeigt sich darin, daß wir das Kompromiß zustandbringen werden. Ich hoffe, es kommt zustande, das Kompromiß, das beiderseits auf der besitzenden und auf der nichtbesitzenden Seite als anständiges Kompromiß angesehen werden kann. Ist es nicht möglich, dieses Kompromiß zu finden und mit Hilfe der Mehrheitssozialdemokratie zu ihm zu kommen, so ist innerpolitisch unsere Politik gescheitert und Sie müssen sich nach einer neuen Regierung umsehen. Glauben Sie aber nicht, daß wir uns in den nächsten Tagen darauf einlassen, zur Verwirrung der weiteren Einzelfragen eine sogenannte Regierungskrise zu inszenieren. Sollte die Regierung nicht imstande sein, die Probleme in Verbindung mit den Parteien die guten Willens sind, zu lösen, so ist die Regierung in offener Selbstschlacht im Klemm des Reichstages zu finden. Finden sich Leute, die bereit sind zur Übernahme der Verantwortung, die Besseres leisten, die sich mehr anstrengen als wir, nun; dann ist für das Zentrum die Zeit gekommen, parteipolitisch einmal etwas auszurufen, aber nicht in prinzipieller Opposition. Wo ist in den Tagen des Kulturkampfes, wo ist in den Tagen des Herrn von Bismarck oder des Herrn von Bülow, die mit dem Zentrum im Kampf gestanden haben, gerade in unseren Reihen auch nur einmal der Gedanke aufgetaucht, als ob wir daran dächten, die vaterländische Arbeit irgend einer Regierung zu sabotieren! (Beifall.) Es gibt in unseren Reihen Monarchisten, aber auch überzeugte Republikaner. (Zustimmung.) Hätte es Sinn, sich auch nur eine Minute über beratige theoretische Streitfragen hier auszulassen? Wenn ich aber ein Volk vor mir sehe, mit knapper Not der sozialen und staatlichen Desorganisation entronnen, ein Volk, das immer nur auf ein paar Monate Not zur Verfügung hat, dessen Salva von heute auf morgen Schwankungen unterliegt wie ein großes Kartenhaus, so überlegt man sich dreimal, ob jetzt die Zeit gekommen ist, ein solches Volk nach einem bekannten Schlagwort zu spalten. Galt es deshalb in unseren Reihen streng darauf, daß sich alle Stände im Zentrum sammeln können. (Sehr richtig.)

Machen wir keine Schlagwortpolitik, sondern machen wir Realpolitik. Es gibt vielleicht Staaten, wo einer der an der

Spitze steht, über das Zentrum hinweggehen könnte. Ich habe nach der ungerichten Entscheidung über Oberschlesien Parteifreunden wiederholt erklärt: „Sie haben vor sich nicht nur den Kanzler.“ Sie haben damals den Weg für richtig gehalten, den wir gegangen sind. Wir haben auch Herrschaften in unseren Reihen, denen jener Weg nicht paßte, aber als ich hinausging ins Deutsche Reich und unsere Politik dargelegt habe, da ist die Kritik im allgemeinen verstummt. Sie vertreten zumteil die gefährdeten Bezirke Deutschlands, die Bezirke im Westen, das Rheinland und die Pfalz. Wir sind die Partei, die gerade die deutschen Randgebiete wieder den nationalen Gedanken einer großen Einheit und Geschlossenheit unseres Volkes erkennen läßt. Es ist nicht gut, wenn in unseren Reihen das Schlagwort: „Die Unitarismus, die Föderalismus!“ ausgetrieben wird. Das ist doch nur erfunden, um neue Breschen in den Zentrumsturm zu legen. Gehen Sie eine Kanne Wasser über diese theoretische Streitfrage und Sie werden sehen, das Pulver ist ganz unschädlich geworden. (Beifall.) Wir wollen hier die Praxis reden lassen. Kritizieren Sie unsere Politik. Machen Sie Vorschläge. Kritizieren Sie Männer, aber immer mit einer gewissen christlichen Liebe. (Lebhafter Beifall.) Dieser ungeliebte Personenkampf, der im letzten Jahre tobte, darf nicht mehr das Zeichen des Jahres 1922 sein. Wir sind Brüder einer Volksgemeinschaft auf heimatischer Erde, und gerade im Zentrum sollte man daran denken, daß es keine Wurzeln hat in der nationalen Einheit unseres Vaterlandes, die ihm über alles geht. (Lebhafter Beifall.) Aber alles geht die praktische Arbeit der Dienst im deutschen Vaterlande und am deutschen Volk, die Arbeit an seiner Freiheit. (Lebhafter Beifall und Hände klatschen.)

Dr. Borst sah den donnernden Beifall in die Worte zusammen: „Glück auf, Herr Reichskanzler, in den nächsten Tagen und Wochen!“ (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an die Ausführungen des Kanzlers wurden drei Resolutionen angenommen, die sich auf Oberschlesien, das Saargebiet und die besetzten Rheinlande beziehen. In der Resolution über Oberschlesien wird erklärt, daß die deutsche Zentrumspartei die erste durch den diesjährigen Parteitag gebotene Gelegenheit ergreife, um feierlich gegen die ober-schlesische Entscheidung Einspruch zu erheben. Es müsse alles aufgegeben werden, durch verständnisvolle und gerechte Behandlung der ober-schlesischen Bevölkerung diese immer noch enger und tiefer mit dem Deutschen Reich zu verbinden. Der Spruch von Genf habe nur äußerlich und gewaltsam Bande zerreißt können, die unlösbar seien. In der Resolution über das Saargebiet und das besetzte Rheinland werden die Mitglieder der Zentrumspartei ebenso wie die ober-schlesischen Parteianhänger des Dankes der Partei versichert, für die der Grundgedanke gelte: Treue um Treue! Die Partei gelobe, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß dem Deutschland im Saargebiet und in den besetzten Gebieten ein wirksamer Schutz zuteil werde. — Darauf wurde eine Reihe von Anträgen, die sich auf die innere Parteiorganisation beziehen, angenommen. Ein Antrag des Augustinvereins lenkt die Aufmerksamkeit auf die durch die fortgesetzten Preissteigerungen auf allen Gebieten immer schwieriger werdende Lage der Parteipresse.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Stellung des Kabinetts Wirth.

Die „N. W.“ meldet: Nach der Kabinettsitzung am Nachmittag des gestrigen Tages und nach der Beratung des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten läßt sich sagen, daß die Stellung des Kabinetts Wirth außerordentlich gestärkt ist und daß die Politik des Reichskanzlers trotz des Regierungswechsels in Frankreich allgemeine Zustimmung gefunden hat. Auch die Unstimmigkeiten, die zwischen dem Reichskabinet und den Regierungen einzelner Länder etwa bestanden haben, sind durch die gestrigen Aussprachen als beigelegt anzusehen, so daß für die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten am Freitag dieser Woche außerordentlich wichtige Vorarbeiten geleistet sind. Das Reichskabinet wird die ihm gestellte Frist von 14 Tagen zur Aufstellung des Zahlungsplanes für das Jahr 1922 einhalten, und die einzelnen Ressorts sind gegenwärtig damit beschäftigt, auf Grund der vom Kabinet aufgestellten Richtlinien diesen Plan auszuarbeiten.

### Die Chefbesprechung in der Reichskanzlei

und die sich daran anschließende Kabinettsitzung befaßte sich, wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ mitteilt, mit den laufenden Ressortgeschäften. In den einzelnen Ressorts gingen die Beratungen über den von der Reparationskommission gewünschten deutschen Reform- und Garantieplan, der innerhalb 14 Tagen vorzulegen ist, weiter. Gegenüber der Meinung, daß gestern bereits zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein Kompromiß in der Steuerfrage erzielt worden sei, erklärten das „Verf. Tagel.“ und der „Vorwärts“, daß die Aussichten für ein Kompromiß noch völlig unklar seien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde erst heute nachmittags endgültige Beschlüsse über die Haltung der Mehrheitssozialdemokraten in den Steuerfragen fassen. Wie der „Vorwärts“ schreibt, wird die Fraktion eine schwierige und verwickelte Situation vorfinden. Das Blatt erklärt, daß die Sozialdemokratie weiter den Gedanken der Erfassung der Sachwerte vertritt, daß sie aber auch unter gewissen Voraussetzungen bereit ist, an den Verbrauchssteuern mitzuarbeiten.

### Die Reichsregierung u. die Reparationsfrage.

Wie der „sozialdemokratische Parlamentsdienst“ mitteilt, sind die zuständigen Ressorts der Reichsregierung zurzeit mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beschäftigt, die die in der Antwort der Reparationskommission aufgestellten Bedingungen für Deutschland behandelt. Man erwartet, daß die Grundzüge dieser Denkschrift schon am Mittwoch vom Reichskanzler im Auswärtigen Ausschuss bekanntgegeben werden können. Im Reichstag wird der Reichskanzler wahrscheinlich am Donnerstag eine Regierungserklärung über die Verhandlungen in Genua und über die Absichten der Reichsregierung abgeben. Nach derselben Quelle rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß zur Bedung der Verpflichtungen eine Inlands- oder Auslandsanleihe notwendig wird, zu deren Verzinsung und Tilgung die Industrie zwangsweise herangezogen werden müsse. Bereits in Genua habe die deutsche Delegation keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland nicht in der Lage sein werde, in diesem Jahre alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark in Devisen zu beschaffen. Die Wirkung des guten Eindruckes, den die deutsche Delegation in Genua hinterlassen habe und insbesondere die Wirkungen der Rede Rathenaus verleihe man sich erst von der Konferenz in Genua.

Auch über diese Konferenz hätten mit-deutschen Delegierten im Genua Vorbesprechungen stattgefunden. Es habe dabei ein Gedankenaustausch darüber stattgefunden, wie man sich den Wiederaufbau Osteuropas denke. Die Schwierigkeit bei der Erledigung und Beantwortung der Bedingungen der Reparationskommission liege darin, daß man von Deutschland Angaben darüber verlangt, was es zu leisten imstande sei. Selbstverständlich würden solche Angaben nur in beschränktem Umfang möglich sein, zumal, da sich die Veränderungen der Wirtschaftslage nicht voraussagen ließen, und besonders sein Überblick darüber möglich sei, wie sich die deutschen Produktions- und Absatzverhältnisse bei einem fortschreitenden Abbau der Lebensmittelaufschüsse und bei der dadurch gesteigerten Erhöhung der Gesteignislosten der Industrie gestalten würden.

### Die Konferenz von Genua.

Wie aus London gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten die Nationen in Europa — etwa 25 an der Zahl — zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genua beginnt, eingeladen. Lloyd George wird an der Konferenz teilnehmen und man erwartet, daß er 2 Wochen von England abwesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftssachen werden sein Sir Robert Sarnes und Lord Cecil, sowie eine Anzahl Vertreter des britischen Schatzamtes. Angenommen, daß die Delegationen und Sekretariate jeder Nation durchschnittlich 40 Personen umfassen, so werden an der Konferenz von Genua etwa 1000 Personen beteiligt sein. Die Konferenz wird daher die größte bisher abgehaltene Konferenz dieser Art sein. Die meisten der eingeladenen Länder haben bereits ihre Annahme mitgeteilt. Es steht dahin, ob die britischen Dominions eingeladen werden. Sie sollen eingeladen werden, wenn sie den Wunsch ausdrücken, auf der Konferenz vertreten zu sein.

### „Herrn Poincarés Wandlung.“

Aus Paris erhält die „Frankf. Ztg.“ folgende bemerkenswerten Auslassungen ihres dortigen Korrespondenten: „Poincaré hat nach am Freitag durch sein Leiborgan, den „Matin“, versichern lassen, daß die Herrlichkeit des Obersten Rates und seiner Tagungen zu Ende sei und daß er zu den altbewährten Methoden der internationalen Diplomatie zurückzukehren gedenke, und schon kann als sicher angenommen werden, daß in wenigen Wochen in London eine neue Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage zusammengetreten wird.“

Herr Poincaré hat ferner erklärt, daß Frankreich sich noch sehr überlegen werde, ob es nach Genua gehen werde. Eine Unterredung mit Lloyd George hat genügt, ihm begreiflich zu machen, daß Frankreich in dieser Frage durch seine Unter-schrift gebunden ist und schon wird in der offiziellen Presse erklärt, daß die Frage, ob Poincaré selbst Frankreich auf dieser Konferenz vertreten wird, nicht eine Frage seines eigenen Willens oder Nichtwillens sei, sondern ausschließlich von der Zusammenfassung der übrigen Delegationen abhängt.

Einer der schärfsten Vorwürfe, die aus dem nationalistischen Lager gegen Briand erhoben worden sind, war der, daß er in den Verhandlungen mit Lloyd George bereit gewesen sei, den Abschluß des englisch-französischen Garantievertrags von einer Reihe von für Frankreich „erniedrigenden“ Bedingungen abhängig zu machen. Aber auch Herrn Poincaré gegenüber scheint Lloyd George in seiner gestrigen Unterredung nicht von seiner Forderung abgegangen zu sein, daß der Unterzeichnung eines englisch-französischen Abkommens die Regelung aller zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten vorausgehen müsse.

Lafleurie, der neue Finanzminister, hat bereits mit dem englischen Schatzkanzler eine Aussprache gehabt, und Lord Curzon, wird auf der Rückreise den Aufenthalt in Paris nehmen, um mit Poincaré selbst über einen Ausgleich der englisch-französischen Gegensätze in Vorderasien zu verhandeln. Poincaré soll zwar erreicht haben, daß der Vertrag nicht die für Frankreichs Prestige unerwünschte Form einer einseitigen Garantie, sondern den Charakter der Gegenseitigkeit erhalten werde, aber das ist im Grunde nichts anderes als eine Außer-sicht. Man sieht, der Unterschied zwischen dem, was Briand gewollt hat und dem, was Poincaré sich zu tun ansetzt, ist bisher nicht sehr groß, und es wird schon etwas Wahres daran sein, daß Lloyd George Paris recht befriedigt verlassen haben soll.“

### Zur Gehaltsbewegung der Beamten.

Der deutsche Beamtenbund hat am 16. Januar eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der eine Revision der Grundgehälter der Beamten als notwendige Folge der Auswirkungen des neuen Steuertarifs verlangt wird. Außerdem werde eine weitere Erhöhung des Teuerungszuschlages für die ersten Einkommensstufen durch Ausbau des vom Deutschen Beamtenbund stets geforderten und jetzt auch von der Regierung übernommenen sozialen Prinzips notwendig, wobei wenigstens eine Verdoppelung des von der Regierung in Aussicht genommenen Betrages von 2000 M. in Frage kommen müßte. Diese Forderung sei schon im Hinblick darauf gerechtfertigt, daß seit der letzten Besoldungserhöhung allein die Reichsteuernumsetzung eine Steigerung um 87 v. H. aufweise und weitere Preissteigerungen des Brotes um 75 v. H. bevorstehen. Die wirtschaftlich schwächsten, insbesondere die Diätäre, Beamte im Vorbereitungsdiens, Ruhegehalt- und Wartegeldeempfänger sowie Beamtenhinterbliebene seien in vollem Umfang mitzuberichtigen.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, der dem „Deutschen Gewerkschaftsbunde“ (Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften) angehört, hat dem Reichstage eine Eingabe über die Besoldungs- und Lohnforderungen für die öffentlichen Beamten, Arbeiter und Angestellten gehen lassen. Er hebt darin hervor, daß schon mit Rücksicht auf die Neufestsetzung der Einkommensteuer eine Neuregelung der Grundgehälter unbedingt erforderlich sei. Die von der Regierung vorgeschlagene Verbesserung durch Erhöhung der Teuerungszuschläge (1875 M. für die Arbeiter, 2000 M. für die Beamten pro Jahr) sei unzureichend. Als Mindestbetrag einer erträglichen Aufbesserung werden 3600 M. genannt und vorgeschlagen, daß für einen Anfangsbetrag von 12 000 M. an Grundgehalt plus Ortszuschlag (fast 10 000 M.) ein weiterer Teuerungszuschlag von 30 (fast 20) Prozent eingeräumt wird. Für die Arbeiter wäre dieser Betrag in Lohnstunden entsprechend unzureichend. In den besonders teuren Orten müßte die Beamten besondere Zulagen erhalten, die im Etat nachzuweisen wären. Verlangt wird weiter eine Erhöhung der Kinderzuschläge und eine einheitliche Gestaltung derselben; die Auswirkung aller Verbesserungen auf die Diätäre, die Beamten im Vorbereitungsdiens, die Pensionäre, die Sozialrentner aus Reichsbetrieben und die Hinterbliebenen, ferner die fünfjährige direkte Lohnfestsetzung für die Arbeiter empfohlen.

Die Eingabe beruht auf, daß anlässlich des letzten Offenbacher-Rußens im Westen die Besatzungsbehörden selbst anerkannt hätten, daß die Bezüge des deutschen Personals zu niedrig seien.

Nach einer Meldung des „Berliner Tagblattes“ aus Dresden teilt der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Dresden, mit, daß aus allen Ortsgruppen Nachrichten vorlägen, die die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungenügend ablehnen. Die Stimmung der Mitglieder im Lande sei äußerst erregt. Bei nicht genügender Aufbesserung der Löhne und Gehälter sei mit der Arbeitsniederlegung zu rechnen.

### Die Not der Presse.

Die immer unerträglicher werdende Not des deutschen Zeitungswesens hat am Montag und Dienstag dieser Woche die Vertreter der deutschen Verlegerchaft aus allen Teilen des Reiches zu ersten und schwerwiegenden Beratungen in Potsdam zusammengeführt. Die Versammlung nahm nach ausgiebiger Besprechung einstimmig folgenden Entschluß an:

„Die in Potsdam zu einer Vorstands- und Delegierten-Versammlung aus allen Teilen Deutschlands zusammengetretenen Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber deutscher Tageszeitungen) e. V. fühlen sich gedrängt von der Schwere der auf ihnen lastenden Verantwortung für die Erhaltung der deutschen politischen Tagespresse verpflichtet, mit ernstem Nachdruck auf die Gefahr hinzuweisen, von der die deutsche Presse bedroht ist. Die Mittel und Kräfte privater Stützungs- und Abwehrorganisationen sind in den gemürbenden Jahren der Nachkriegszeit erschöpft und verbraucht. Mehr denn je ist es Pflicht des Reiches und der Länder und ihrer berufenen Führer und Staatsmänner, für die Erhaltung der deutschen politischen Tagespresse als eines der vollkommensten Mittel zur Wahrung unserer Einheit und Wiederaufrichtung unseres Volkes und Staates einzutreten. Die traurigen Folgen der Entwicklung der letzten Monate zeigen sich in bedrohlicher Form auf dem Gebiete der Versorgung der Zeitungen mit Druckpapier. Ein sofortiges Entgegenkommen der öffentlichen Hand ist erforderlich, um eine erträgliche Preisbemessung sowie die ausreichende Erzeugung und Verteilung zu gewährleisten. Hierzu erscheint geeignet:

1. Sofortige und gänzliche Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff, bis die ausreichende Versorgung der Druckpapierfabriken im Inlande zu angemessenen Preisen durchgeführt und gesichert ist.
  2. Heftige Sperrung der Ausfuhr sämtlicher Papierarten mit Ausnahme von Luxuspapier, bis das Zeitungs- und Buchdruckgewerbe im Inlande dauernd und genügend mit Papier versehen ist.
  3. Maßnahmen, die geeignet sind, eine Umgehung der das Verbot der Papierausfuhr regelnden Bestimmungen zu verhindern.
  4. Maßnahmen der Regierung von Reich und Ländern zur Senkung der ständig steigenden Preise für Papierholz, soweit es für die Herstellung des Bedarfs der deutschen politischen Tageszeitungen an Druckpapier erforderlich ist.
  5. Befreiung der für die Druckpapiererzeugung in wichtigen Herstellungsgeländen unentbehrlichen bereits im Ursprungslande hochbesteuerten böhmischen Braunkohle von der deutschen Kohlensteuer.
  6. Sorge für bessere und beschleunigte Wagenstellung für Zeitungsdrukpapier und die zu seiner Herstellung erforderlichen Rohstoffe.
  7. Vereinfachung des maschinengalen Druckpapiers in Tarifklasse E des Eisenbahngebührenariffs, wie es der Reichstag bereits einmal in einer Entschließung gefordert hat. Unbedingt erforderlich ist außerdem 8. die Vereinfachung der durch nichts zu rechtfertigenden Sonderbesteuerung der Umsätze in Zeitungsanzeigen im Umsatzsteuergesetz, und 9. die Unterlassung jeder weiteren Belastung der deutschen Presse durch behördliche und gesetzliche Maßnahmen, insbesondere der Erhöhung der Postzinsgebühren.
- Die mehrfachen Beweise starken Verantwortungsgefühls und tiefer Einsicht in die Lage und die Gefahren für die Volksgemeinschaft, die von namhaften Vertretern der deutschen Regierung und Parlamente bisher gegeben wurden, berechneten den Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber deutscher Tageszeitungen) e. V. und seine Kreisvereine zu der Hoffnung und bestimmten Erwartung, daß an der Hand der vorgezeichneten neuen und ähnlicher Maßnahmen alles geschieht, um so dem Niedergang und der Verkümmern der deutschen Tagespresse, die sich bereits in vielen Fällen erschreckend deutlich gezeigt haben, doch noch in letzter Stunde Einhalt zu tun.“

## Badische Uebersicht.

### Die Torfwerke.

Das bad. Arbeitsministerium schreibt uns: Im Anschluß an eine Veröffentlichung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Freiburg in der Nr. 7 der Freiburger „Volkswacht“ beschäftigen sich verschiedene Blätter mit dem Unternehmen der Badischen Torfgewinnung in Hinterzarten und Kaltbrunn. Dem Landtag wird das Arbeitsministerium zu geeigneter Zeit eingehend darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit die Besprechungen, welche es im letzten Frühjahr gegeben hat, gehalten worden sind.

Hier sei nur so viel gesagt: Die Betriebe sind technisch in bestem Zustand gebracht und vor allem gut entwässert; die Vertriebsorganisation ist äußerst vereinfacht. Die Produktion des verflochtenen Betriebsjahres entspricht im Wesentlichen den Erwartungen, kann aber in Hinterzarten noch gesteigert werden; auch die durchschnittlichen Selbstkosten halten sich innerhalb der Grenzen des dem Landtag vor Bewilligung meist... Mittel vorgelegten Voranschlags. Niemand dürfte angesichts der eingetretenen Brennstoffnot tadeln, daß die Torfgewinnung im vergangenen Jahr erfolgreich betrieben worden ist. Schwierig war allerdings bis vor kurzem noch der Abjaß, da infolge der Frierung schlechten Torfs in früheren Jahren ein allgemeines Mißtrauen gegen diesen Brennstoff Platz gegriffen hat. Eine günstige wirtschaftliche Verwertung des Torfs in staatlichen oder gemeindlichen Betrieben hat sich gegen Erwarten nicht erreichen lassen. Der Bad. Torfgewinnung fehlt eine Absatzorganisation, wie sie die Kohlenfirmen besitzen. Diese oder große Industriefirmen mit geeigneten Feuerungsanlagen würden die Produktion der Torfwerke wesentlich günstiger verwerten können: Sie hätten das kostspielige Zwischenlagern auf

den Torfwerken grobenteils nicht nötig und wären des Erfolges jederzeit sicher. Es liegt daher auch im volkswirtschaftlichen und widerstandenen Arbeiterinteresse, wenn der Aufsichtsrat der Bad. Torfgewinnung Anregungen seitens der vorgenannten Kreise, den Betrieb des Hinterzartener Torfwerkes ihnen pachtweise zu überlassen, ernstlich näher getreten ist.

Über die Löhne zu klagen, besteht kein Anlaß, wenn man erfährt, daß im vergangenen Jahr an die größtenteils zu den Torfwerken beigezogenen Arbeitslosen der Städte Freiburg und Konstanz Verdienste zur Auszahlung gelangten, welche etwa 60 Prozent über denjenigen anderer süd-deutscher Konkurrenzwerke standen. Unter diesen Umständen wird man es dem Geschäftsführer der Werke nicht verübeln können, wenn er entsprechend seiner pflichtgemäßen Überzeugung, wiederholt versucht hat, den von der Organisation der Arbeiter gestellten Ansprüche teilweise entgegen zu treten. Daß dadurch die Arbeiter für 3-4 Monate die notwendigen Lohnnachschüsse nicht erhielten, ist völlig unzutreffend. Kein verständiger Mensch wird ferner der Betriebsleitung zumuten, über einen für die nächste Kampagne bestimmten Tarifvertrag in einem Zeitpunkt zu verhandeln, wo der Betrieb im wesentlichen ruht und man die Aussicht der Wiederaufnahme gar nicht hat. Dadurch sind die wenigen Leute, welche zur Zeit mit dem Abtransport des Torfs beschäftigt sind, in keiner Weise benachteiligt.

Von der Presse darf erwartet werden, daß sie durch Vorsicht in der Aufnahme von Artikeln, welche von Interessenten stammen, wenn er entsprechend seiner pflichtgemäßen Überzeugung, wiederholt versucht hat, den von der Organisation der Arbeiter gestellten Ansprüche teilweise entgegen zu treten. Daß dadurch die Arbeiter für 3-4 Monate die notwendigen Lohnnachschüsse nicht erhielten, ist völlig unzutreffend. Kein verständiger Mensch wird ferner der Betriebsleitung zumuten, über einen für die nächste Kampagne bestimmten Tarifvertrag in einem Zeitpunkt zu verhandeln, wo der Betrieb im wesentlichen ruht und man die Aussicht der Wiederaufnahme gar nicht hat. Dadurch sind die wenigen Leute, welche zur Zeit mit dem Abtransport des Torfs beschäftigt sind, in keiner Weise benachteiligt.

### Kein Geheimbund-Prozess in Freiburg.

Zu dieser Notiz in der geistigen Nummer der „Karlstr. Bl.“ ist richtig zu stellen, daß das Verfahren, welches beim Untersuchungsrichter in Offenburg gegen Leiter und Mitglieder der sogenannten Geheimorganisation C anhängig ist, noch schwach ist. Es ist unzutreffend, wenn gesagt worden ist, die Verhandlungen dürften vielleicht in München, dem Sitze der Organisation, stattfinden. Eine Verhandlung ist überhaupt noch nicht anberaumt.

### Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei

hat folgende Richtlinien zur Neugestaltung des badischen Schulgesetzes und der Lehrerbildung angenommen:

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei sieht in der Schaffung eines neuen Volksschulgesetzes und in der Neuordnung der Lehrerbildung die dringendsten Kulturaufgaben des derzeitigen Landtages.

Bei der Lösung dieser Fragen ist besonders zu fordern:

1. Die derzeitige badische Volksschule ist zu erhalten. Dabei darf der Lehrer durch seine Stellung zum Religionsunterricht in seiner Verwendbarkeit nicht beeinträchtigt werden. Die Schulhoheit des Staates ist uneingeschränkt zu sichern.
2. Die öffentlichen Volksschulen sind so auszubauen, daß sie ihrer hohen Aufgabe als Bildungsanstalt für die Masse der Volksgenossen gerecht zu werden vermögen. Für diesen Ausbau kommen vor allem in Betracht: Verringerung der Klassenstärke, Erhöhung der Stundenbeurteilung in den Halbtagsschulen, Entlastung der Lehrenden, Ausbau der örtlichen Schulpflege unter sachkundiger Leitung, stärkere Interessierung der Eltern der schulpflichtigen Jugend an der Schule durch vermehrte Beteiligung an allen Schulbesprechungen.
3. Für die Schulleitung und Schulverwaltung sind auf allen Stufen geordnete Vertretungen der Lehrerschaft einzurichten. Insbesondere ist die in anderen Ländern längst vollzogene Bildung eines Landeslehrerrates alsbald durchzuführen, um durch dessen Mitwirkung die berufenen Sachverständigen an allen Arbeiten der Schulverwaltung zu beteiligen.
4. Zur Behebung sozialer Not und zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeit in der Schule sind für die Volksschuljugend Schulbesprechungen sowie Beschaffung von Lernmitteln in weitem Umfange durchzuführen.
5. Die Körperpflege ist nicht nur durch weitestens Ausbau der schulärztlichen Beaufsichtigung der Jugend und geordneten Turnbetrieb, sondern auch durch jede andere Pflegeeinrichtung, wie Bäder, Wandern, sowie jegliche Art von Aufenthalt in freier Luft zu fördern.
6. Um die neuen Verfassungsgrundlagen des Reiches mit demokratischem Geiste zu erfüllen, ist es unerlässlich, daß das heranwachsende Geschlecht zur Einsicht in die Staatsnotwendigkeiten und zur bewußten Einordnung in die Volksgemeinschaft erzogen werde. Auch dieser Aufgabe haben die Schulen aller Stufen zu dienen.
7. Gemeinden, die ihre Volksschulen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus erweitern, sind hinsichtlich des persönlichen Schulaufwandes wesentlich stärker zu entlasten, als das zurzeit geschieht.
8. Die Lehrerbildung ist alsbald gemäß den Bestimmungen des § 143 Abs. 2 der Reichsverfassung neu zu ordnen. Demgemäß ist in Zukunft zur Berufsausbildung als Volksschullehrer, welcher die Erlangung der Hochschulreife auf einer der bestehenden höheren Lehranstalten voraussetzt, der Besuch einer Hochschule und praktisch-pädagogischen Schulung erforderlich. Der Landesausschuß spricht die Hoffnung aus, daß sich die badischen Hochschulen dieser neuen bedeutsamen Aufgabe der Schaffung eines wissenschaftlich geschulten Volksschullehrerstandes gerne annehmen.

Der Landesausschuß ersucht die demokratische Landtagsfraktion bei der Gesetzgebungsarbeit zu den genannten Fragen mit aller Entschiedenheit für die Verwirklichung der aufgestellten Grundgedanken einzutreten.

### Aus dem badischen Zeitungswesen.

Die „Konstanzer Zeitung“ veröffentlicht unter der Überschrift „in eigener Sache“ folgendes:

„Vor einigen Tagen brachte das Konstanzer sozialdemokratische Volksblatt unter der Überschrift „Die Konstanzer Zeitung“ dementsprechend ab“ die Mitteilung, daß in den Konstanzer politischen Kreisen das Gerücht lebhaft kolportiert werde, das bisherige Demokratenorgan, die „Konstanzer Zeitung“, beabsichtige, nach rechts abzusinken und wieder ein allliberale Lager überzugeben. Ein prinzipienfester Anhänger der Stresemann, Stinnes usw. solle die Redaktionsführung übertragen bekommen. Die deutschliberale Politik des Seekreises werde dann die „Konstanzer Zeitung“ als Sprachorgan anerkennen. Da diese Mitteilung auch in andere Zeitungen übergegangen ist, sehen wir uns zu einer Richtstellung veranlaßt.

Die „Konstanzer Zeitung“ lehnt es grundsätzlich ab, als Sprachorgan einer Partei zu gelten. Sie ist ein von jeder Partei völlig unabhängiges Organ, das die Politik treibt, die es für die richtige hält und dabei das allgemeine Interesse über das einer Partei stellt. Sie hatte sich der Deutsch-Demokratischen Partei angeschlossen, weil sie glaubte, deren Politik am ehesten vertreten zu können, ohne sich aber der Freiheit zu begeben, auch einmal andere, mit denen der Deutsch-Demokratischen Partei nicht ganz gleich laufende Wege zu gehen. Von einer Schwertung kann dabei nicht gesprochen werden. Welche Politik die „Konstanzer Zeitung“ in der nächsten Zukunft verfolgen wird, hängt ganz von den Verhältnissen und der Stellungnahme der ihr am nächststehenden Parteien ab. Der „prinzipienfeste Anhänger der Stresemann, Stinnes usw.“ ist eine glatte Erfindung. Der Verlag der „Konstanzer Zeitung“.

### Der Raubmordprozess Siefert.

DZ. Heidelberg, 17. Januar.

Die heutige Verhandlung brachte eine sehr bedeutsame Senation, die vielleicht für den weiteren Verlauf des Prozesses von großer Wichtigkeit ist. Siefert gestand, vor dem Untersuchungsrichter gelogen zu haben. Seine bisher mit großer Bestimmtheit gemachte Aussage, er hätte nie und nimmer einen Karabiner besessen, stellte sich als falsch heraus.

Vor dem Platz des Richters sind zahlreiche Gegenstände ausgeteilt, die mit dem Raubmord an den beiden Bürgermeistern in ursächlichem Zusammenhang stehen; u. a. der Schädel des unglücklichen Berner, der von Kolbenstößen erschmettert ist, die Photographie des riesig vergrößerten Fingerabdrucks von Siefert, der im Walde gefundene Nordkarabiner mit abgebrochenem Schloß, in Spiritus befindliche Präparate der Leichenfegerungen, darunter der abgeschnittene Ringfinger von Wisse. — In der Vormittagsstunde wurden die Beweise über den Waffenbesitz des Angeklagten, sowie über den Raubmordversuch an dem Ingenieur Link erhoben. Siefert äußerte sich zunächst über sein vom Flieverbataillon mitgenommenes Gewehr, das er abgegeben hat.

Vorsitzender: Was haben Sie früher über das Gewehr gesagt?

Siefert: Ich habe allerdings erklärt, daß ich kein Gewehr besessen hätte. Meine Herren, ich mußte so handeln. Diesen Standpunkt des Leugnens mußte ich vor dem Untersuchungsrichter einnehmen, sonst hätte ich einen Fehler begangen.

Vorsitzender: Sie sind am 7. Juli verhaftet worden und haben noch am 11. Dezember bei Ihrer Vernehmung wörtlich gesagt: Ich behaupte nach wie vor, daß ich nie und niemals einen Karabiner besessen habe.

Siefert: Ich mußte die Lüge gebrauchen, sonst hätte mich alle Welt für den Mörder gehalten. Ich wäre sonst sofort geliegt und vollständig verloren gewesen. Ich hätte verlorenes Spiel gerieben!

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurden von Sachverständigen Angaben über die technischen Einzelheiten der Nordkarabiner gemacht. In der Wohnung Sieferts hat man f. B. nach dem Morde den Zubringer des Gewehrs gefunden, während die am Tator gefundene Nordkarabiner keinen Zubringer hatte. Es läßt sich nicht mit absoluter Sicherheit feststellen, ob der Zubringer zu dem Gewehr gehörte; es ist aber sehr wahrscheinlich, da der Zubringer Nr. 84 hat und das Gewehr Nr. 8084. — Morgen vormittag findet Lokalbesichtigung an der Morbidelle für den Gerichtshof statt. — Verhandlungsdauer voraussichtlich 5 bis 6 Tage.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Verkehrssperre.

Gesperzt ist Annahme von: a. Frachtwagenladungen nach allen Bahnhöfen in Gamburg, Altona, Hamburg und nach Billfelmsburg. — b. Frachtkügel, die in Köln Geroon oder Kalk Nord umzuladen oder für diese Bahnhöfe bestimmt ist.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Schwurgericht.

DZ. Bei der vorgezogenen Vormittagsverhandlung gegen Schneller war auch noch der jetzige Bürgermeister Stodinger von Schönau erschienen, der erklärte, der Urlaub sei dem Angeklagten so gut zugefallen wie jedem anderen. In der Nachmittagsstunde wurde dann mit den einzelnen Verurteilten begonnen. Zuerst kamen die Erdbeerverkäufe zur Verhandlung. Es sind hierbei dem Angeklagten Unterschlagungen in Höhe von rund 4000 M. zur Last gelegt. Beim ersten Betrag von 1,31 M. wurde die Differenz als ein Rechenfehler bezeichnet, welchem sich auch der Staatsanwalt anschloß. Bei einem 2. dem Angeklagten als unterschlagen zur Last gelegten Betrag sagte der hierfür geladene Zeuge gegen den der Angeklagte allerdings verschiedene Gründe für seine geringe Glaubwürdigkeit ins Feld führte, unter Eid aus, er habe den ganzen fraglichen Betrag an Schneller abgeführt. Des ferneren wird dem Angeklagten vorgeworfen, für eine Sendung Kirchen 65 Pf. pro Pfund abgeliefert zu haben, obwohl er für das Pfund 1,40 M. verlangt habe. Schneller bestritt dies und die angezweifeln Zeugen konnten sich an die fernzeit bezahlten Beträge für die betreffenden Kirchen nicht mehr erinnern. Dann kamen einige Unterschlagungen im Gesamtbetrag von ungefähr 1600 M. zur Verhandlung, wobei Rede und Gegenrede einander den Rang streitig zu machen zu wollen schienen.

Gestern morgen 9 Uhr wurde die Verhandlung, für die eine Woche in Aussicht genommen ist, wieder aufgenommen. Dem Angeklagten wird vorgehalten, einen weiteren Betrag von 499,62 M. unterschlagen zu haben, indem er gewisse Posten in der Rechnung weggelassen habe, die aber in der Verkaufsliste aufgeführt sind. Ebenso standen auch Beträge von zusammen 279,40 M., die auch in der Rechnung fehlten, im Durchschreibebuch. Bei einem weiteren Betrag von 245,30 M., der auch in der Rechnung fehlte, habe sich eine diesbezügliche Quittung vorgefunden. Der Betrag sei auch von Spindler, wie dieser erklärte an Schneller übergeben worden. Einen Betrag von 265 M. hat der Zeuge Witmar, wie dieser ausagte, von der belieferten Firma erhalten und an Schneller abgegeben. Auch dieser Betrag wird dem Angeklagten als unterschlagen zur Last gelegt.

Über die Abrechnungen wurden sodann verschiedene Zeugen vernommen. Die Zeugin Hesch erklärte, sie habe die Bahnlisten in Reinschrift an den Angeklagten abgeliefert, der dann verschiedene Streichungen in den Verkaufslisten ausführte. Die Zeugin A. Müller behauptet, bei den Abrechnungen seien auf Veranlassung des Schnellers Änderungen vorgenommen worden, worauf der Angeklagte als Grund anführte, er habe die Bruttogehälter durchgestrichen und die Nettogehälter hingeschrieben. Die Zeugin Hild sagte aus, die Listen seien von ihnen nicht abdiert worden, ebenso seien die Gelder an Schneller ungezählt abgegeben worden, was auch eine andere Zeugin ausagte. Die Zeugin Behrmann gab an, sie habe die Verkaufslisten 2 mal zum Abschreiben bekommen, die Wrech-

Staatsanzeiger.

Die Lotterie des Vereins „Württembergisches Handwerker-erholungsheim“ e. V. in Stuttgart betr.

Dem Verein „Württembergisches Handwerkererholungsheim“, e. V. in Stuttgart, wurde die Erlaubnis zum Betrieb von 15 000 Losen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zu- gunsten seines Erholungsheims in Bad Niederau — Preis des Loses 3 M. (ohne Reichsteilabgabe), Ziehung 8. März 1922 — im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 13. Januar 1922. Ministerium des Innern. Remmele. Schmidt.

Die Prüfung der Apotheker betr.

Im Jahre 1921 wurde den nachgenannten Apothekern, welche die pharmazeutische Prüfung vor einer der Prüfungs- kommissionen in Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe bestanden und die Bestimmungen über die Gehlfähigkeit erfüllt hatten, die Approbation als Apotheker für das Gebiet des Deutschen Reiches erteilt:

- Best, Karl, von Böblingen, Bitter, Johannes, von Beckheim, Bode, Hans, von Böttingen, Cseffely, Franz, von Säckingen, Duffner, Rother, von Furtwangen, Eiermann, Viktor, von Höpfigen, Elble, Robert, von Schopfheim, Endres, Max, von Karlsruhe, Frey, August, von Frankental, Gaus, Erich, von Karlsruhe, Gerberth, Wilhelm, von Albersweiler, Himmelreich, Walter, von Greifenstein, Koller, Ernst, von Ebnoblen, Kalle, Josef, von Freiburg, Lewin, Marianne, von Frankfurt a. M., Luppold, Hanselba, von Heidelberg, Metzger, Heinrich, von Freiburg, Mohr, Wilhelm, von Bannau, Otten, Hugo, von Neuh. Kösch, Karl Johann, von Fohrenbach, Sauter, Karl, von Forzheim, Sautermeister, Anna, von Moserwald, Schill, Rudolf, von Freiburg, Schmitz, Johannes, von Duisburg, Schreff, Erich, von Karlsruhe, Schwab, Josef, von Maitammer, Vogel, Ernst, von Freiburg, Weiser, Hans, von Delsau, Weibel, Otto, von Biernheim, Wiegand, Sofie, geb. Kohler, von Breisach, Wingerter, Lorenz, von Speyer.

Karlsruhe, den 13. Januar 1922. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: J. A. A r n s p e r g e r. Jeller.

mungen setzen erst im August an das Rechnungsamt weiter gegeben worden, da sie erst später angefertigt worden seien. Diese seien nochmals abgeändert worden, weil sie angeblich nicht stimmten. Bäuerle sagte aus, Sch. habe ihm gegenüber erklärt, das Zählen des Geldes sei unnötig. Er trage die Verantwortung dafür.

Sodann ging man zur Verhandlung betr. der Kirchentwän- kungen über. Hier wird dem Angeklagten vorgeworfen, in der Zeit vom 19. Juni bis 23. Juli 1919 Gelder im Betrag von 6 987,98 M. unterschlagen zu haben.

Von der städtischen Preisprüfstelle wird geschrieben: Auch die vergangene Wirtschaftswoche stand unter dem Zeichen machender Teuerung. Der Sachausschuß der Preisprü- fungsstelle für Fleischversorgung hatte sich in seiner Sitzung am 12. d. Mts. mit der von der Metzger-Innung beantragten Erhöhung der Preise für Fleisch und Würstwaren zu befassen, nachdem bereits die Nachbarsläbde mit Preissteigerungen vor- ausgegangen waren. Die Erhöhung der Preise rechtfertigt sich durch die beträchtlich gestiegenen Schlachtviehpreise, die gesteigerten Preise für die Materialien, die erhöhte Umsatzsteuer, andererseits durch den Rückgang der Preise für Häute und Felle. Metzger und Verbraucherseite einigten sich auf einer mittleren Linie. Erfreulicherweise wird als Ersatz für das teurere Ochsen- und Rindfleisch von der Metzger-Innung Ge- heirfleisch zum Preise von 12,80 M. das Pfund zum Verkauf gebracht; da dieses von vorzüglicher Güte ist, so wird den Ver- brauchern empfohlen, ausgiebigen Gebrauch davon zu machen.

Auch der Sachausschuß für allgemeine Lebensmittel Markt- waren, Obst und Gemüse mußte für eine Anzahl Gemü- searten höhere Richtpreise feststellen. Es lagen: Feldsalat 8 M., Gelbe Rüben 1,40 M., Rosenkohl 3,50 M., Sellerie 1,80 M., Spinat 1,50 M., Wirsing 1,40 M., Kabislau 1,10 M. ab Wasser. Der Preis für Eier hat die Höhe von 6 M. erreicht und zieht steigend an. Die Kartoffeln fehlten in der vergangenen Woche auf dem Markt gänzlich. Auf Seite der Erzeugervereinigung herrscht die Meinung, daß die Landwirte vor eingetretener Frühjahr kaum zu bewegen sind, ihre Arien zu öffnen und der städtischen Bevölkerung Kartoffeln zuzumachen zu lassen. Auch die Belieferung mit Frischgemüse war gleich Null. Von Verbraucherseite wurde bitter darüber geklagt, daß durch Versagen der städtischen Preisprüfstelle und Marktüberwachung in Mannheim und Forzheim die Preistreiber auf dem dortigen Boden- und Lebensmittelmarkt bedenkliche Formen annehme und die Waren vom Karlsruher Marke wegziehen. In Mannheim

worben ungerügt für Feldsalat bereits 8 M. und mehr das Pfund gefordert und bezahlt, und es ist selbstverständlich, daß wuchernde Händler und Landwirte mit ihren Waren dorthin wandern, wo sie die höchsten Preise heraus schlagen können. Dieser wilde Preistreiber kann nur durch das gemeinsame Zusammenwirken und Handinhandarbeiten der örtlichen Preis- prüfungstellen Einhalt geboten werden. Es wurde daher von allen Seiten angeregt, daß, wie während des Krieges, die Städte Mannheim und Heidelberg zum Zwecke der Prüfung und Feststellung der Preise für Obst und Gemüse gemeinsame Sitzungen abhalten und zur Überwachung der festgestellten und vereinbarten Preise gemeinsame Maßnahmen treffen.

Badische Lichtspiele. — Konzerthaus. In dem diesmaligen Spielplan dürfte besonderes Interesse der Film „Unsere Kin- der. — Unsere Zukunft“ beanspruchen können. In sehr an- schaulicher und eindringlicher Weise wird dargestellt, wie eine verständige und besorgte Mutter, die ihre Kinder zu körperlich und geistig brauchbaren Menschen aufziehen will — und das wollen und sollten doch alle — ihre kleinen Lieblinge von der ersten Lebensstunde an behandeln sollte. Wie viel wird aber gerade auf diesem Gebiete gesündigt! Unwissenheit, Unacht- samkeit und Unverstand sind die Ursachen der zahllosen schwe- ren Fehler, die in der Säuglingspflege gemacht werden, die sich oft bitter rächen, die in erheblichem Maße Schuld tragen an der übergroßen Kindersterblichkeit; Tausende von Men- schen haben ihr Leben lang zu tragen an den Folgen der Schäden, denen man sie in ihren ersten Kindheitsjahren aus- gesetzt hat oder von denen man sie aus Unachtsamkeit nicht bewahrt. Der Film „Unsere Kinder — Unsere Zukunft“ ist ein Aufführungsfilm im allerbesten Sinne, aus dem nicht nur junge Mütter und die heranwachsende weibliche Jugend, Pflegerinnen und Kinderärztinnen — für welche er natür- lich in erster Linie schenkwürdig ist — sondern alle, die Kinder lieb haben eine reiche Menge von Belehrung und Anregung schöpfen können. Mögen recht viele von der im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege sehr zu begründenden Vorfüh- rung Nutzen ziehen. In diesem Film werden von autoritati- ver sachmännlicher Seite Erläuterungen gegeben werden.

Der Spielplan bringt außerdem noch Szenen aus dem Volksleben im Fläming, einen Gang durch eine mit allen neuzeitlichen Einrichtungen ausgestattete Großbäckerei und endlich einen humoristischen Film, der alle Beschauer herz- lich lachen macht.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 19. Jan. 7—10 Uhr Mk. 40.— Volksbühne E 2 Der Freischütz.

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:

- KARLSRUHE, Karlsriedrichstr. 22. FREIBURG, Karlsplatz 35. BRUCHSAL, Gewerhalle a. Markt PFÖRZHEIM, Theaterstr. 15. OFFENBURG, Steinstr. 2. NOSBACH, Hauptstr. 12. SINGEN a. H., Scheffelstr. 25. KONSTANZ, Roggarnstr. 31.

BADISCHER BAUBUND G. M. B. H.

Gemeinnütziger Möbelvertrieb

Telephon 5157 Karlsruhe am Rondellplatz

Auholz-Versteigerung

des Bad. Forstamtes Forzheim am Montag, den 30. Januar ds. J., früh 9 1/2 Uhr, in der Brauerei Bach am Markt- platz in Forzheim aus dem Domänenwald „Hagenschieß“: 1. Ohne Beschränkung der Zulassung der Kaufliebhaber: etwa 1500 Stück Nadelholzstämme und -abschnitte mit rund 1300 Festmeter, sowie 1500 Stück Bau- stangen und 220 Hopfenstangen. 2. Mit Beschränkung der Zulassung auf Kleinhandwerker und Selbstverbraucher: 2 Rotbuchen, 90 Baguer- eichen, 48 Fichten- und Lannenspalstämme, 25 Fichten mit etwa 100 Festmeter, 60 Stück eichene Baguerstangen, 10 Ster Spaltholz, 3 Ster eichenes, 1 Ster hainbuchenes und 1 Ster apenes Ruz- schichholz. Nähere Auskunft und Listenauszüge gegen Ertrag der Schreibgebühren durch das Forstamt.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit. Konkursverfahren. 2.598. Weinheim. Über das Vermögen der Firma Stahler & Co., Zigaretten- fabrik in Sulzbach, wird heute am 17. Jan. 1922, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröff- net. Der Rechtsanwält Pfisterer in Weinheim wird zum Konkursverwal- ter ernannt. Konkursfor- derungen sind bis zum 6. Februar 1922 bei dem Ge- richt anzumelden. Es

wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Ge- richt zur Beschlußfassung über die Beschuldigung des erkrankten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschus- ses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeich- neten Gegenstände u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mit- teln, den 22. Februar 1922, vormittags 9 1/2 Uhr. Allen Personen, welche ei-

ne zur Konkursmasse ge- hörige Sache in Besitz ha- ben oder zur Konkurs- masse etwas schuldig sind, wird ausgeschrieben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpacken oder zu lei- sten, auch die Verpflich- tung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Februar 1922 Anzeige zu machen. Weinheim, 17. Jan. 1922. Amtsgericht 2.

Aufgebot. 2.596.2.1 Mosbach. Gi- fabelth geb. Guth in Mosbach mit Zustimmung ihres Ehemannes Josef Müller, Anna geb. Börner in Obrißheim, Witwe des Karl Guth, Maria Theresia Guth in Obrißheim, haben das Aufgebot des Grundstücks Bad. Nr. 245, Band 15, Heft 20, Orts- ziffer 1 ar 87 qm Hofraute mit Hausgarten der Ge- meinde Obrißheim zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers Georg Heinrich Friedrich von Redarischhofheim bean- tragen. Der bisherige Eigentü- mer wird aufgefordert, seine Ansprüche und Rech- te spätestens in dem auf Dienstag, 30. Mai 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht 1 in Mosbach bestimmten Auf- gebotsstermin anzumelden, widrigenfalls seine Aus- schließung erfolgen wird. Mosbach, 12. Jan. 1922. Bad. Amtsgericht.

2.597.2.1 Triberg. Die Josef Koll, Schneider, Ehefrau, Sophie geb. Hei- der, Einzigerin in Mün- chen, Baaderstraße 64/II, hat beantragt, den ver- schollenen Schneider Josef Koll, zuletzt wohnhaft in Triberg, für tot zu erklä- ren. Der bezeichneter Ver- schollene wird aufgefor- dert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, 2. August 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Auf- gebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeser- klärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Auf- forderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem

Gericht Anzeige zu ma- chen. Triberg, 13. Jan. 1922. Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts. Veri. Bekanntmachungen Wagonfabrik Aktien- gesellschaft, Rastatt. In der Generalversamm- lung unserer Gesellschaft vom 16. ds. Mts. wurden sämtliche Anträge der Ver- waltung einstimmig ge- nehmigt. Die Auszahlung der Di- vidende für das Geschäftsjahr 1920/21 erfolgt somit ab heute: 1. für die Stammaktien mit 15 Proz. und 100 M. Bonus (d. i. 250 M. für jede Aktie), 2. für die Vorzugsaktien

mit 8 Proz. p. r. t. (d. i. 46,87 M. für jede Aktie) gegen Rückgabe des Dividendenheimes für das Geschäftsjahr 1920/1921. in Karlsruhe bei dem Bankhause Wit 2. Kom- burger, in Berlin bei der Natio- nalbank für Deutschland. Rastatt, 16. Jan. 1922. Der Vorstand: K o p f, O t t e r b a c h.

Tiefbautechniker (ledig) mit praktischen Er- fahrungen in Kanalisati- on, Straßenbau u. guter Ausbildung im Vermes- sungsweesen (Geländeauf- nahmen) sauberer Zeich- ner, zu sofortigem Dienst- antritt gesucht. R. 954 Besoldung nach Gruppe

VI—VII des Reichsarzi- s, Ortsklasse A. Anstellung vorerst nach Dienstvertrag. Meldung an die unterzeichnete Stelle. Stadtbauamt Strach.

Die Stadtgemeinde Bühl sucht zum April d. J. ei- nen im Gas- und Elektri- zitätswesen durchgebildeten und praktisch erfahrenen Ingenieur als Direktor des Gas- u. Elektrizitätswerkes. An- gebote unter Angabe der Gehaltsansprüche ein- schließlich der Befähigungs- nachweise wollen bis spätes- tens 15. Februar 1922 d. h. ein- gereicht werden. R. 960 Bühl, 13. Jan. 1922. Bürgermeisteramt: Dr. Grüning.

Brennholz-Versteigerung des Bad. Forstamtes Forz- heim am Montag, den 23. Januar d. J., früh 9 1/2 Uhr, auf dem Seehaus im Hagenschieß aus dem Do- mänenwaldungen Distrikt I „Hagenschieß“ Abt. 13 „Steinhölle“, 20 „Häu- lein“, 28 „Kirmattent- rain“ und 74 „Winkel- haken“: rund 40 Ster bu- chenes, 10 Ster eichenes u. 400 Ster tannenes Scheit- u. Prügelholz, 2200 Stück meist Nadelstämme und 28 Dose Schlagraum. Die Zulassung württembergi- scher Steigerer wird auf die Abteilung 74 „Winkel- haken“ beschränkt. Vorzei- ger des Holztes in Abteil- ung 13 Forster Wolf in Gutingen, 26 u. 28 Forst- amt Bauer in Niefern u. 74 Oberforstwart Febr. Seehaus. 2.595

Abelsheim. 2.602 Güterrechtsregister- eintragung Band I Seite 277: Balbach, Gustav, Wagner in Leidenstadt, und dessen Ehefrau Luise geborene Kohn. Vertrag vom 28. September 1921. Güter- trennung ist vereinbart unter Ausschließung der Verwaltung und Nutznie- hung des Mannes am Vermögen der Frau. Abelsheim, 13. Jan. 1922. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bühl. 2.583 Güterrechtsregister- eintragung Bd. II Seite 479 Oster, Johann, Zeiger in Bühl, und Kugel, Toni. Vertrag vom 27. Dezem- ber 1921. Gütertrennung des BGB. Bühl, 12. Jan. 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Durlach. Güterrechts- register. Eingetragen am 2. Jan. 1922. Band II Seite 490. Riebler, Friedrich Jakob, Viehhändler in Durlach, und Emma Al- wine geborene Leibold. Vertrag vom 16. Dezem- ber 1921. Erwerbschafts- gemeinschaft mit Vorbe- haltsgut der Ehefrau. Amtsgericht, 2.498

Ettingen. Güterrechtsregister- eintragung: Karber, Gustav, Fabrikarbeiter in Auer- bach, und Lina Rosa geb. Schüb. Vertrag vom 31. Dezember 1921. Güter- trennung. Ettingen, 10. Jan. 1922. Amtsgericht.

Gengenbach. 2.544 Im Güterrechtsregister- band I Seite 400 wurde eingetragen: Reumayer, Stefan, Land- wirt in Unterharmersbach und Karoline geb. Leh- mann. Durch Ehevertrag vom 24. Dez. 1921 ist Güter- trennung vereinbart. Gengenbach, 11. Jan. 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Mannheim. 2.603 Zum Güterrechtsregister- band XIV wurde heute eingetragen: 1. Seite 425: Gehner, Ernst, Ingenieur, u. Eise- geb. Ulrich in Mannheim. Durch Vertrag vom 17. Dezember 1921 ist Erwer- bungschaftsgemeinschaft ver- einbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 bezeich- netes Vermögen, ferner alles, was von ihr durch Erbfolge, Schenkung oder als Ausstattung erworben wird. 2. Seite 426: Brunner, Otto Erwin Hermann August Kaufmann, und Eilber Vera geb. Lucia in Mannheim. Vertrag vom 19. Dezember 1921. Gü- tertrennung. 3. Seite 427: Gebhard, Karl Kaufmann, und Jo- hanna geb. Berner in Mannheim. Durch Ver- trag vom 22. Dezember 1921 ist Erwerbschafts- gemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 und in der Anlage zum Ehevertrag verzeichnetes Vermögen und alles weitere Vermö- gen, das sie späterhin von

Lodsbogen, oder mit Rücksicht auf ein künfti- ges Erbrecht, durch Schen- kung als Ausstattung oder auf sonst irgend eine Weise noch erworbt. 4. Seite 428: Schwy, Robert Wilhelm, Metzger und Anna Maria geb. Hoppe in Mannheim-Neu- tarau. Vertrag vom 5. Jan- uar 1922. Gütertrennung. Mannheim, 14. Jan. 1922. Bad. Amtsgericht S. G. 4.

Diffenburg. 2.545 Güterrechtsregister- eintragung Band II Seite 453. Franz Reible, Landwirt u. Handelsmann in Durs- bach-Deudle, u. Theresia geborene Minnie. Vertrag vom 14. Dezem- ber 1921. Gütertrennung unter Ausschluß jeder Ver- waltung und Nutznie- hung des Ehemannes am Ver- mögen der Ehefrau. Offenburg, 12. Jan. 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 1.

Rastatt. 2.513 Güterrechtsregister- eintragung: Holtermann, Lu- dwig Kaufmann, und des- sen Ehefrau Emma geb. Müller in Rastatt. Ver- trag vom 31. Dez. 1921. Gütertrennung gemäß §§ 1426 ff. BGB. Rastatt, 7. Jan. 1922. Amtsgericht.

Rastatt. 2.604 In das Güterrechtsregi- ster Band II Seite 278 wurde heute eingetragen: Kahlbusch, Karl, Fabri- kant, und Elisabeth geb. Wolf in Rastatt. Vertrag vom 5. Januar 1922. Er- werbschaftsgemeinschaft

nach §§ 1519 ff. BGB. Vorbehaltsgut ist das in § 4 des Vertrags beschrie- bene Vermögen. Rastatt, 11. Jan. 1922. Amtsgericht — Gerichts- schreiber.

Rastatt. 2.606 In das Güterrechtsregi- ster Band II Seite 279 wurde heute eingetragen: Müller, Benelien, Georgs Sohn, Landwirt und Han- delsmann, und Johanna geb. Müller in Witters- dorf. Vertrag vom 5. Jan- uar 1922. Gütertrennung unter Ausschluß der Verwaltung und Nutznie- hung des Mannes an dem Vermögen der Frau. Rastatt, 11. Jan. 1922. Amtsgericht — Gerichts- schreiber

Rastatt. 2.606 In das Güterrechtsregi- ster Band II Seite 280 wurde heute eingetragen: Stalze, Karl, Gäbler, u. Karoline geb. Frits in Ra- statt. Vertrag vom 10. Januar 1922. Gütertren- nung gemäß §§ 1426 ff. BGB. unter Aufhebung der Verwaltung und Nutz- niehung des Mannes an dem Vermögen der Frau. Rastatt, 12. Jan. 1922. Amtsgericht — Gerichts- schreiber

Wiesloch. 2.546 Güterrechtsregister- eintragung Band I Seite 363: Schäfer, Georg, Mediziner in Wiesloch, u. Mar- garete geb. Krämer. Ver- trag vom 3. Jan. 1922. Gütertrennung. Wiesloch, 10. Jan. 1922. Bad. Amtsgericht.